

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Najla Zamani

01.02.2025



Najla Zamani

Antrag auf Unterstützung der Menschenrechte...

Ein Schreiben einer Gruppe von Organisationen und Institutionen, die im Bereich der Rechte von Flüchtlingen und Frauen tätig sind, Afghanischer kultur Verein (AKIS),Publischer of Afghan Womens Ideas in Europe,Afghan Republication Womens Network,Roshna Association,Verein zur Solidarität mit afghanischen Migranten in Europa,Bakhtar institut ,Hazara kultur und sport verein,Azadi organisation,Afghanische frauen Berlin MAH,Globaler konsens Afghanischer frauen im ausland,Afghanistan womens Voice Movement,The European Afghan Womens Gathering,Afghanse Vrouwenvereniging Nederland Hambastegi, Afghanistan Womens freedom window Movement,Training Human Rights Association,The National union of Afghanistan, Bildungs- und Kulturzentrum Laleh Bahar,Kundoz Womens Movement wurde an das Innenministerium, das Auswärtige Amt Deutschlands, mehrere Abgeordnete der Parteien im Parlament sowie einige Medien gesendet.

Mit aufrichtigem Dank und Anerkennung für die ehrliche, mitfühlende Zusammenarbeit und die Einheit und Solidarität dieser zivilgesellschaftlichen Institutionen, wird im Folgenden der Inhalt des Schreibens präsentiert, welches in dieser kritischen und herausfordernden Zeit auf wichtige Themen und Anliegen eingeht:

Antrag auf Unterstützung der Menschenrechte und Verhinderung diplomatischer Beziehungen mit den Taliban

Wir, als Vertreter von Organisationen, akademischen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen Afghanistans, richten dieses Schreiben, um unsere tiefe Besorgnis über den Schutz der Menschenrechte und die jüngsten diplomatischen Kontakte mit den Taliban auszudrücken. Die Taliban sind eine Gruppe mit einer langen Geschichte von Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und systematischer Ausgrenzung von Frauen. Darüber hinaus hat ihr neues Dekret, das besagt, dass die Stimme von Frauen in der Öffentlichkeit nicht laut sein darf, und die Verweigerung der Teilnahme an kulturellen Aktivitäten sowie die Verweigerung der Religionsausübung für Nicht-Muslime eine Atmosphäre von Angst und Schrecken in Afghanistan geschaffen. Die Präsenz dieser terroristischen Gruppe stellt nicht nur für die Bevölkerung unseres Landes, sondern auch für die internationale Sicherheit und Stabilität eine ernsthafte Bedrohung dar. Jeglicher Umgang mit den Taliban, die weder innere Legitimität noch internationale Anerkennung besitzen, sei es direkt oder indirekt, hätte weitreichende Folgen und würde nicht nur die afghanischen Flüchtlinge in Deutschland, sondern auch die junge deutsche Generation vor ernsthafte Gefahren stellen.

Im Folgenden sind die wichtigsten Anliegen, die uns in dieser Hinsicht beschäftigen:

1. **Stärkung des Extremismus und der Gewalt:** Jegliche offizielle Verbindung oder Interaktion mit den Taliban könnte zur Stärkung dieser Gruppe und ihrer extremistischen Ideologie führen. Diese Gruppe würde jede Form der internationalen Legitimität nutzen, um den Extremismus direkt zu fördern und die Gewalt und den Terrorismus in der Region und weltweit zu eskalieren. Dies würde eine mächtige Basis des Schreckens und Terrors schaffen, die auch die Bevölkerung Deutschlands und Europas betreffen könnte.
2. **Gefährdung der deutschen Gesellschaft:** Angesichts der Tatsache, dass die größte afghanische Flüchtlingsgemeinschaft in Europa in Deutschland lebt, würde jede Art von Kontakt mit den Taliban nicht nur den Extremismus fördern, sondern auch junge, uninformierte Menschen in Richtung Radikalisierung lenken und die deutsche Gesellschaft anfälliger und instabiler machen. Die jüngsten Gewalttaten, wie das tragische Ereignis in Mannheim, zeigen deutlich, dass jegliche Interaktion mit dieser

Gruppe zu einer Stärkung des Extremismus und zu weiterer Gewalt in Deutschland und anderen Teilen Europas führen könnte.

3. **Schwächung der Menschenrechtswerte:** Die Politik und Handlungen der Taliban stehen eindeutig im Widerspruch zu den Grundsätzen der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten. Der Umgang mit dieser Gruppe würde als Schwächung der internationalen Verpflichtungen europäischer Länder in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte interpretiert werden und das demokratische Ansehen dieser Länder auf der globalen Bühne beeinträchtigen.
4. **Schaffung von Angst und Misstrauen unter afghanischen Flüchtlingen:** Tausende afghanische Flüchtlinge wurden aufgrund der Unterdrückung und Gewalt der Taliban gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Jeglicher diplomatischer Umgang mit den Taliban, insbesondere die Weitergabe persönlicher Informationen von Flüchtlingen an die Taliban, würde erhebliche Risiken für afghanische Geflüchtete bergen. Dies könnte die Taliban dazu veranlassen, Flüchtlingsfamilien in Afghanistan ausfindig zu machen und zu stillen Morden zu führen. Solche Interaktionen würden unter den Flüchtlingen eine Welle des Misstrauens und der Angst auslösen und könnten zu psychischen, sozialen Krisen und erhöhter Gewalt in Deutschland führen.
5. **Schwächung der Rolle Europas auf internationaler Ebene:** Der Umgang mit den Taliban würde das internationale Ansehen Europas als Verteidiger der Demokratie und der Menschenrechte schädigen. Dies könnte die globalen Bemühungen Europas im Kampf gegen den Terrorismus und zum Schutz der Menschenrechte infrage stellen und internationale Partner in Bezug auf die Prinzipien und die humanitäre Haltung dieser Länder enttäuschen. Das Ansehen Deutschlands als Vorreiter im Bereich der Menschenrechte könnte gefährdet werden.
6. **Schutz der Rechte afghanischer Flüchtlinge:** Sollten die deutschen Behörden aufgrund politischer, wirtschaftlicher oder anderer Überlegungen die Wiedereröffnung ihrer diplomatischen Vertretung in Afghanistan erwägen, erwarten wir, dass die Entscheidungen so getroffen werden, dass die Situation der afghanischen Flüchtlinge in Deutschland und die Lage der afghanischen Bevölkerung nicht von den

diplomatischen Zielen beeinflusst wird und der humanitäre Schutz weiterhin Priorität hat.

- 7. Fortsetzung der humanitären Unterstützung für afghanische Flüchtlinge:** Wir fordern die Fortführung der Arbeit der afghanischen Botschaft in Berlin und des Konsulats in Bonn zur Unterstützung der afghanischen Flüchtlinge, die aufgrund der Machtübernahme der Taliban in einer schwierigen Lage sind. Diese Institutionen sind die einzige Hoffnung für viele Flüchtlinge, und wir erwarten, dass sie ihre humanitären und rechtlichen Unterstützungsleistungen fortsetzen und nicht durch diplomatische Entscheidungen beeinträchtigt werden.

Angesichts der weitreichenden negativen Folgen jeglicher Kontakte mit den Taliban fordern wir das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Bundesministerium des Innern sowie die Medien auf, von jeglichen Interaktionen und der Anerkennung der Taliban abzusehen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie im Einklang mit Ihren humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen die Bevölkerung Afghanistans, insbesondere die gefährdeten und geschädigten Flüchtlinge, unterstützen und eine Stärkung der Taliban-Positionen verhindern. Nutzen Sie politische Maßnahmen, die die Menschenrechte in Afghanistan stärken und die potenziellen Bedrohungen, die für Flüchtlinge und die internationale Gemeinschaft entstehen, abwenden.

Mit Respekt und großem Dank,

Organisationen, Vereine und zivilgesellschaftliche Institutionen Afghanistans
Berlin

Datum: 10.09.2024